★ ANTIFA ★
JUGENDINFO
Antifaschistische Schüler/innen-Zeitung

Ausgabe Hamburg №2 Jugendliche kostenlos/sonst -,50

ROMA UND CINTI IN HAMBURG

In Hamburg leben derzeit etwa 1500 Roma und Cinti. Für sie soll in der "freien Hansestadt" kein Platz sein. Dieser Grund kann angesichts der wachsenden Zahl von DDR-AussiedlerInnen, die hier freudig aufgenommen werden und denen jegliche Hilfe zuteil wird, eigentlich nur vorgeschoben sein. Das ist allerdings kein Wunder, wenn wir uns die gängigen Vorurteile gegen "Zigeuner" einmal ansehen. ("Zigeuner" bedeutet übrigens 'ziehender Gauner'). Da kriegt mensch denn schon mal Dinge zu hören wie: "Zigeuner sind faul, dreckig, und sie stehlen" usw.

In dieser Gesellschaft wird Menschen, die schon während des Nazi-Reichs verfolgt und zu tausenden ermordet wurden, heute immer noch die gleiche Feindschaft entgegengebracht wie damals. Das liegt wohl daran, daß Roma und Cinti eine andere Kultur haben; daß sie anders sind. Damit stehen sie nicht alleine, sondern dieses Problem haben alle Minderheiten mehr oder weniger stark. In anderen Ländern sieht es auch nicht besser aus. Was bisher noch nicht dagewesen ist, ist die Tatsache, daß sich die Cinti und Roma zum ersten Mal entschlossen haben, gegen die fortwährende Abschiebung zu kämpfen.

Als vor ca. einem halben Jahr einige Roma-Familien abgeschoben werden sollten, wurde durch einen Hungerstreik eine weitere Duldungsfrist von 6 Monaten erreicht. Diese Frist lief am 1.9. des Jahres aus. Daher wurde am 29.8. ein Zeltlager auf dem Gelände der KZ-Gedenkstätte Neuengamme errichtet. Dieser Ort wurde gewählt, weil dort in der Nazi-Zeit etwa 500 Roma und Cinti ermordet worden sind. Die Hoffnung war, auf die Verbindung zwischen damals und heute aufmerksam zu machen.

In dem Zeltlager lebten ca. 300-500 Menschen, von der Stadt wurde jegliche Hilfe verweigert. Auch das DRK und andere "Hilfsorganisationen" halfen nicht. Lediglich 4 Klos und eine Wasserstelle gab es auf dem ganzen Platz. Während die Menschen im Zeltlager unter den schlechtesten Bedingungen lebten, wartete der Senat auf schlechteres Wetter, das die Leute dazu bringen sollte, von alleine zu gehen. Die Meinung der Bevölkerung war geteilt; es gab viele Menschen, die mit Sach- und Geldspenden halfen, aber auch solche, die meinten, ein Auto in die Luft sprengen zu müssen, das mit Leuten besetzt auf dem Platz stand. Die Leute schafften es gerade noch, heil davonzukommen.

Viele Leute bescheinigten dem Senat mangelnde Härte im Umgang mit den "Zigeunern". Daß es dem Senat daran letztendlich doch nicht fehlte, bewies der 2.10., an dem das Lager mit massivem Polizeieinsatz geräumt wurde. Das geschah mit der Begründung, daß die Roma und Cinti die Gedenkstätte mißbraucht hätten. Wörtlich heißt es dazu unter anderem: "Die Initiatoren dieser Besetzung versuchen die kollektive Scham der Deutschen für ihre PR-Zwecke zu mißbrauchen."

Nach der Räumung des Platzes zogen die Betroffenen von Neuengamme bis in die City, wo ihnen Bullen mit Helm. Schild und Knüppel den Zugang zum Rathausmarkt verwehrten (Bannmeile). So blieben sie notgedrungen mehrere Stunden auf der Kreuzung Mönckebergstr./Bergstraße. Toll war, zu erleben, daß es doch noch eine Menge Solidarität mit diesen Menschen gibt. Decken, Matratzen, heiße Getränke wurden gebracht, was besonders wichtig für die Kinder war. Erst spät am Abend konnten die Leute in die Friedenskirche ziehen. Die Zukunft der Roma und Cinti hier in Hamburg ist weiterhin ungewiß; die Forderung der Rom und Cinti Union dagegen klar: Bleiberecht für alle!

P.S.: Mittlerweile (21.10.) sind bereits 11 Leute aus Hamburg abgeschoben worden.



ALS SICH EIN „REPUBLIKANER" ALS SCHULSPRECHER AUFSTELLEN LIESS..

JUGENDINFO-HINTERGRUND: ROMA UND CINTI

Wie aus dem "Roma und Sinti"-Artikel in diesem Info hervorgeht, hat das staatliche Vorgehen gegen Sinti und Roma als ethnische Minderheiten in Deutschland Kontinuität - und das seit Jahrhunderten. Schon in der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts werden die vermutlich indischen Flüchtlinge nur widerwillig geduldet. Anfang des 16. Jahrhunderts schlägt das in brutale Verfolgung um. Sinti und Roma werden in die Sündenbockrolle gedrängt, als "Verräter an den Christenlanden", "Störer der gottgewollten Ordnung" bezeichnet, für die Übrtragung der Pest verantwortlich gemacht, der Hexerei und der Spionage für die Türken bezichtigt. Sie werden vogelfrei, d.h. sie können beliebig von jedem umgebracht werden. Die Kirche in ihrer mörderischen Tradition erklärt es gar als Verdienst, "Zigeuner" zu töten. Diesen bleibt nur ein Leben auf dre Flucht, umherziehend oder in Verstecken lebend.

Anfang des 18. Jahrhunderts läßt die Verfolgung nach. Als Ausgestoßene am Rande der Gesellschaft geduldet, sichern sie sich vor allem durch den Verkauf handwerklicher Produkte ihren Lebensunterhalt. In den ersten 30 Jahren dieses Jahrhunderts versuchen Teile der bisher umherziehenden Sinti und Roma, sich in den Städten niederzulassen. Dies wird von den Behörden verhindert. In der zunehmend stärker werdenden rassistischen Stimmung setzt wieder eine massive polizeiliche Verfolgung ein.

1926 wird in Bayern ein "Gesetz zur Bekämpfung der Zigeuner, Landfahrer und Arbeitsscheuen" erlassen, das der Polizei als Machtmittel dient, Sinti und Roma abzuschieben, Familien und Sippenverbände zu zerschlagen, sie ihrer Kinder zu berauben und Arbeitsfähige zur Zwangsarbeit zu verpflichten. Diese rassistische Gewalt löst eine Fluchtbewwegung der Betroffenen aus Bayern aus.

Doch die menschenverachtende Politik -gestützt auf menschenverachtende Gesetze- wird noch schärfer, als die Nazis die Macht in Deutschland übernehmen. Ab 1936 nimmt die von Dr. Robert Ritter gegründete "Rassenhygienische und Bevölkerungsbiologische Forschungsstelle", die dem Gesundheitsministerium zugeordnet ist, ihre Arbeit auf. Dort arbeitet als "Rasseforscherin" zur sogenannten "Zigeunerfrage" maßgeblich Eva Justin. Erstellt wird vor allem ein umfassendes Archiv, mit Personaldaten der in Deutschland lebenden Sinti und Roma, die nach naziideologischen Gesichtspunkten in "stammesrechtliche Zigeuner", "Zigeunermischlinge" etc. eingestuft werden.

Die Informationen über Verwandtschaftsverhältnisse werden den aufgegriffenen und registrierten Sinti und Roma unter KZ-Drohung und Gewaltanwendung abgepreßt. Die so entstandenen "Stammbäume" werden später zur Grundlage der Massenvernichtung an Hunderttausenden von Sinti und Roma. Vom selben Institut, das auch mit verschiedenen Polizei- und Kriminalämtern vernetzt ist, ergehen auch Empfehlungen zu Sexualverbot, Zwangssterilisation, Kasernierung in Lagern und Schulverbot für die nach faschistischer Propaganda "minderwertigen und asozialen" "Zigeuner". Weder Ritter noch Justin werden in der späteren Bundesrepublik für ihre Vorbereitungsarbeit zum Völkermord in irgendeiner Weise haftbar gemacht - sie waren an der Verfolgung und Vernichtung ja nicht



persönlich beteiligt. Eines von vielen Beispielen über Tradition und Zustand des bundesdeutschen Justizapparates, der ja ohne Skrupel auch all die Nazirichter weiterbeschäftigte.

Der rassistische Haß gerinnt in Gesetze. 1933 das "Gesetz zur Verhütung von erbkrankem Nachwuchs", 1934 das "Gesetz über Reichsverweisungen", durch welche auch Sinti und Roma zwangssterilisiert und abgeschoben werden. 1938 entsteht das erste direkt gegen Sinti und Roma gerichtete "Gesetz zur Bekämpfung der Zigeunerplage", das unter anderem eine diskriminierende Ausweisregelung einführt. Ab 1936 werden Angehörige dieser Minderheit in Lager deportiert, ab '39 zu zehntausenden zwangsumgesiedelt und im Dezember '42 erläßt Himmler den Auschwitzbefehl für alle Sinti und Roma, das Startsignal zum Massenmord. Menschenvernichtung durch Arbeit, Unterernährung, grausame Versuche an Menschen, durch Folter, Erschießen und Gaskammern. Insgesamt 500.000 Sinti und Roma werden durch die Faschisten vernichtet, nur 20-30% der auf deutschem Reichsgebiet lebenden entgehen dem Völkermord. -Viele physisch und psychisch völlig zerstört, total verarmt und verelendet.

Doch nicht genug, daß die Betroffenen im Nachkriegsdeutschland unzureichend oder die meisten gar nicht entschädigt werden, daß in Gerichtsurteilen auf faschistische Argumentationen und Ideologien zurückgegriffen wird, die Mehrzahl der Opfer somit nicht als rassistisch Verfolgte anerkannt werden oder abgeschoben werden, bevor sie Ansprüche geltend machen können, -nicht genug damit: Die Überlebenden werden sofort wieder Opfer polizeistaatlicher Diskriminierung und Verfolgung!

So wird z.B. in Bayern unmittelbar nach Kriegsende das "Zigeuner und Arbeitsscheuengesetz" von 1926 wieder in Kraft gesetzt, wird eine spezielle Abteilung "Zigeunerpolizei" eingerichtet und wird weiter erfaßt und registriert. Auch andernorts greifen die Herrschenden auf rassistische Gesetze und Erlasse aus der Weimarer Republik zurück, die gezielt gegen die Lebensweise der Sinti und Roma gerichtet sind. Auch in dem neuen Staat -dem neuen Staat, gegründet auf dem alten Dreck, mit alten Faschisten in wic[illegible]igen Positionen (nur jetzt auf dem Bo[illegible] der FdGO stehend)- werden die obrigkeitsstaatlichen Methoden fortgesetzt. In der bewußt oder unbewußt rassistischen Bevölkerung findet das Zuspruch, jedenfalls keinen Widerstand.

Das erste 'Antizigeunergesetz' tritt übrigens 1953 hier in Hamburg in Kraft: das "Gesetz über das Aufstellen von Wohnwagen im Gebiet der Freien und Hansestadt Hamburg", welches das Aufstellen von Wohnwagen -auch heute in der Regel die einzige Wohnmöglichkeit von Sinti und Roma- genehmigungspflichtig macht. Diese Genehmigung kann absolut willkürlich gehandhabt werden und ist mit scharfen Auflagen versehen. 1959 wird das Gesetz verschärft. Ständiges Wohnen oder ständiger Aufenthalt in Wohnwagen wird erstmal grundsätzlich verboten. Ist wohl nichts mit Freiheit der Person und Unverletzlichkeit der Wohnung! Auch heute wird noch und wieder repressiv gegen Sinti und Roma vorgegangen. Damals wie heute dominiert Rassismus, damals wie heute sollen Minderheiten, die nicht der Zwangsnormn entsprechen, die nicht unbedingt nach kapitalistischem Profitinteresse [illegible]ertbar sind, vertrieben werden, [illegible]urch Medienhetze, mit Paragraphen und Polizeiknüppeln!!

In Hamburg sind davon annähernd 1500 Sinti und Roma betroffen. Sie sollen in ihre sogenannten "Heimatländer" abgeschoben werden, vor allem nach Jugoslavien und Polen. Den Behörden ist es dabei scheißegal, daß viele der Betroffenen in Wirklichkeit staatenlos sind, was bedeutet, daß sie auch in den Abschiebeländern von Vertreibung und Verfolgung bedroht sind;

es ist ihnen auch scheißegal, daß viele in den Staaten, in die sie abgeschoben werden sollen, mit Prozesseen wegen Republikflucht zu rechnen haben, daß die Lebensbedingungen für Sinti und Roma in diesen Ländern überhaupt so katastrophal sind, daß viele nicht älter als 30-35 Jahre werden.

Diese menschenverachtende Politik des Senats muß ein Ende haben; dagegen müssen wir uns stellen.

Weg mit dem Wohnwagengesetz!
Bleiberecht für Sinti und Roma!
Schluß mit der rassistischen Abschiebepolitik!







„Scheinasylanten!"

Tag für Tag springen sie uns ins Gesicht; die Massen von arbeitsscheuen schnurrbärtigen Asozialen, die aus den fernsten Ländern kommen und keine Kosten und Mühen scheuen, sich auf unsere Kosten durchzuschnorren. (Viele von ihnen noch dazu durch geschickt angebrachte Folterspuren als politische Flüchtlinge getarnt). Sie leben in unseren luxuriösen Konzentra-..ähhh...Sammellagern, räubern unsere Kühlschränke aus und zerwühlen unsere Vorgärten. Und warum? Wo jeder weiß, wie gut es ihnen in ihren Heimatländern geht, dank deutscherr Entwicklungshilfe. Schauen wir uns das einmal an:

z.B. die Türkei. Wie jeder weiß, ein unterentwickeltes, primitives Land. Da machten die Arbeiter 1980 wegen angeblicher Ausbeutung einen Generalstreik. Das konnten wir uns selbstverständlich nicht bieten lassen, schließlich hatten unsere Volksgenossen aus den Großbanken reichlich Kredite an die Türkei gegeben, die dadurch plötzlich gefährdet waren. (Und schließlich sind die Probleme deutscher Kapitalisten doch auch unsere Probleme, oder..?). Glücklicherweise bot sich ein netter General namens [illegible], mit Unterstützung der Nato die [illegible] durch einen Militärputsch zu beenden. Seitdem sind Ruhe und Ordnung im Lande wieder stabil, da notorische Störer durch geeignete Erziehungsmaßnahmen (von Anarchisten und Chaoten auch "Folter" genannt) zur Räson gebracht werden.

Seitdem geht es dem Land schon viel besser. Zwar sank der Wert der ohnehin recht niedrigen Löhne seit 1980 um etwa 20%; und mittlerweile leben 3/4 der ländlichen und die Hälfte der städtischen Bevölkerung unter dem Existenzminimum. Aber es muß doch beachtet werden, daß diese vergleichsweise geringen Opfern gestiegene Gewinne gegenüberstehen: Die Gewinne der bundesdeutschen Konzerne; Daimler Benz (auch in Südafrika dynamisch und erfolgreich), BASF, Siemens und viele mehr... für M.A.N. beispielsweise betrugen die Reingewinne in den ersten 5 Jahren nach dem Putsch 40.000.000 DM; das 10fache des eingesetzten Kapitals.

Und was können wir daraus sehen? Richtig, die Türken sollten lieber zuhause für uns arbeiten, anstatt uns durch ihre Gegenwart zu belästigen!



Oder die richtige Dritte Welt, so mit hungernden Negerkindern und so? Wie sieht es denn da aus? Nun, vor langer Zeit war es da langweilig; da wurden Felder bewirtschaftet, zwischendurch lagen sie 6-10 Jahre brach und wurden währenddessen von Rindern beweidet und dadurch gedüngt. Dadurch reichten die Erträge gerade eben, um die Bevölkerung zu ernähren. Niemand hatte Hunger, aber dafür hatte auch niemand Video, Golf GTI und Marlboro.

Zum Glück kam bald der weiße Mann und bot einen guten Deal: die einheimischen sollten Pflanzen anbauen, die im goldenen Westen beliebt sind; Kaffee, Kakao etc. Das würde dann einiges mehr an Kohle einbringen. Logischerweise sagten die Bauern zu und kauften Saatgut auf Kredit. Alles lief gut, sie wurden gut bezahlt... Pech für die Bauern, daß sie mit der großartigen Errungenschaft der freien Marktwirtschaft noch nicht so vertraut waren. So kam es für sie relativ überraschend, als wegen des großen Angebots auf einmal die Preise sanken und damit die Erträge für die Ernte stark fielen. Wenigstens änderte sich sonst nicht allzuviel; die Schulden zum Beispiel blieben genauso hoch wie vorher und die Preise für das Saatgut blieben auch relativ gleich.

Und so mußten die Leute dort ihre Lebensgewohnheiten eben etwas ändern: Der Anbau von Nahrungsmitteln trat gegenüber dem Anbau von "Cash Crops" (das sind Pflanzen, die nicht zur Ernährung der Bevölkerung dienen, sondern die einzig und allein Geld einbringen sollen), um die Schulden zu bezahlen, etwas in den Hintergrund, und auch Brachzeiten konnten sie sich kaum noch leisten. Die Folge war, daß der Boden irgendwann ausgelaugt war. Dadurch war er auch weniger Widerstandsfähig gegenüber Wind und Wasser. Und wo früher karges Land war, das aber gerade reichte, um einige Menschen zu ernähren, sind heute entweder Wüsten oder riesige Monokulturen mit Kaffee, Kakao, Soja undsoweiter... Die großen westlichen Schweinekonzerne verdienen sich ne goldene Nase, die Einwohner dagegen können sich zwischen verhungern oder einem Dasein als "Wirtschaftsflüchtling" entscheiden. (Und inzwischen ist, wie Ihr merkt, mein Sarkasmus völlig aufgebraucht und es packt mich wieder mal die blanke Wut - Zeit, langsam aufzuhören).

Es ist nicht überall so, daß die Menschen vor Hunger verrecken; teilweise müssen sie sich "nur" jeden Tag aufs neue durchschlagen, ohne zu wissen, ob und wie sie satt werden. Auf jeden Fall: auch wenn der größte Teil der Asylsuchenden politisch verfolgt ist; auch die sogenannten "Wirtschaftsflüchtlinge" haben alles Recht der Welt, hier zu sein und sich einen, wenn auch lächerlichen, Teil dessen wiederzuholen, was die reichen und mächtigen unseres Landes aus ihnen herauspressen.



KURZMELDUNGEN

Sogar für Nazis ungewöhnliche Doofheit bewiesen einige Lübecker Faschoglatzen, indem sie am Tag des letzten Hafenstrassenfestes (23.9.) mit ihren Autos durch St.Pauli-Süd eierten. Wie das Leben so spielt, gerieten sie nämlich in der Erichstraße in einen Stau, der ein Ausweichen in irgendeine Richtung unmöglich machte. Da die Trottel durch geschicktes Anbringen von DVU-Aufklebern dafür gesorgt hatten, daß sie auch ganz sicher erkannt wurden, bekamen sie auch bald Besuch. Bemerkenswert war ihre Disziplin, die sie auf ihren Sitzen festhielt, bis alles vorüber war. Wegen der Jugend und Unerfahrenheit der BesucherInnen kamen sie allerdings mit einem Sachschaden davon. Wie der Redaktion übermittelt wurde, soll es trotzdem Spaß gebracht haben. Hoffentlich hat es dem Gesindel etwas das Gefühl nähergebracht, das unsere ausländischen Kumpel haben müssen, wenn sie abends mit der Bahn fahren.

Am 7.10. fand die Solidaritätsdemo für die Roma und Cinti mit ca. 2.000 TeilnehmerInnen statt. Am Möckebrunnen hatte sich derweilen wegen des HSV-Spiels eine Horde Hooligans versammelt. Als die Demo vorbeizog, fingen einige der faschistischen Hohlköpfe an, Nazi-Sprüche wie "Ausländer raus" und "Sieg Heil" zu grölen. Als dann einige der Nazis anfingen, mit Bierdosen auf die Demo zu schmeissen, war das Maß voll. Einige entschlossene AntifaschistInnen gaben den Hools aufs Maul und schlugen sie in die Flucht (Lutscher! d.S.). Einer der Faschos ist dabei derbe auf die Fresse gefallen und mußte daher noch einiges einstecken ("Hö hö", meinte einer der Antifaschisten, "der geht nicht mehr zu den nächsten beiden Heimspielen.").

Am Abend des 12.11. haben wahrscheinlich Faschisten einen Brandanschlag auf die Häuser des Wohnprojektes Klausstraße in Ottensen verübt. Dem Anschlag gingen Drohbriefe an die im Hinterhaus lebenden Leute voraus. Verletzt wurde zum Glück niemand. Erwischt wurden die Täter leider auch nicht. Die Polizei geht, wie immer, von einem unpolitishcen Motiv aus. Man weiß ja, auf wessen Seite man steht.

Am 24.11. findet in der "Roten Flora" am Schulterblatt (U-Bahn Sternschanze) das 2. Antifa-Jugendfront - Solikonzert statt, unter anderem mit den "Suicide Surfers". Eintritt 5,- DM. Die Suicide Surfers spielen übrigens den Smash-Hit "Speedy Gonzales" nach!

Nach dem Spiel St.Pauli gegen HSV am 16. September griff ein Haufen von 50 - 60 Hools und Naziglatzen das "Rockspektakel" auf dem rathausmarkt an, wo gerade die "Abstürzenden Brieftauben" spielten. Sie bekamen aber anständig Flaschen um die Ohren, nachdem sich die BesucherInnen vom ersten Schrecken erholt hatten. Als die Polizei sich dazwischenstellte, bekamen die stolzen Deutschen denn auch ziemlich schnell kalte Füße und liefen davon, was zumindest 22 von ihnen nicht viel half. Sie mußten mit auf die Wache, wurden aber im laufe des Tages wieder freigelassen und konnten somit am Hauptbahnhof noch einmal für Randale sorgen.

NAZI-POST

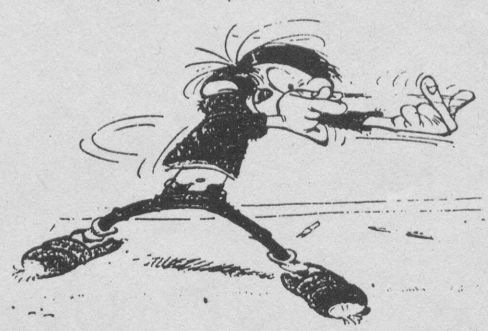
SCHREIB MAL WIEDER -
BRIEFE, DIE VERBINDEN

Faschisten werben an Hamburger Schulen für ihre Ziele. Freilich nicht ganz so öffentlich, wie sie es wohl gerne täten, sondern sicher und seriös per Post.

In einem Brief des "Schutzbundes für das deutsche Volk (SdV)" an die "lieben Schulsprecher" und (man gibt sich gern mal fortschrittlich) die "lieben Schulsprecherinnen" mit beiliegenden Flugblättern wird massiv Hetze gegen AusländerInnen betrieben.

So lesen die EmpfängerInnen des "persönlichen" Schreibens also etwa folgendes:

"Das deutsche Volk ist überfremdet." Herbeigeführt worden sei das durch "das verantwortungslose politische Treiben" der



herrschenden Politiker in diesem Land, denn diese hätten schließlich das Interesse, das hohe Geburtendefizit durch Einwanderung auszugleichen. So ein Blödsinn! Jeden Tag werden AusländerInnen mit der rassistischen Politik der Herrschenden konfrontiert. Menschen, die Asyl suchen, werden als Wirtschaftsflüchtlinge, als Schmarotzer bezeichnet und in ihre Heimatländer, in denen ihnen Hunger, Folter und Mord drohen, abgeschoben. Jeden Tag hören wir Politiker der CDU/CSU, aber auch von FDP und SPD, die in der braunen ScheiSSe rumrühren, die vor "einer durchmischten und durchrassten Gesellschaft" warnen (Stoiber, CSU) oder sich einer besonders hohen Abschieberate abgelehnter AsylbewerberInnen rühmen (Hamburger Innensenator Werner Hackmann).

Doch zurück zum Brief:

Nach wortgewaltigem Geschwafel ("Wir setzen uns ein (seit 1981) für die Erhaltung unseres deutschen Volkes, unserer Heimat, Kultur und Identität") kommt die faschoübliche, pseudo-antikapitalistische Argumentation.

Man ist gegen die EG, den "Markt ohne Grenzen", dient sie doch "nur den Profitinteressen einer ins Maßlose abgleitenden und damit umweltzerstörenden Großindustrie und -finanz". Wie schön sich das anhört, so gängig für Faschisten und doch so unpassend, wenn mensch ihre wahren Ziele kennt. Die Faschisten haben bisher immer nur den Kapitalisten gedient, indem sie die Arbeiterorganisationen, wie Gewerkschaften, zerschlagen, den ArbeiterInnen im Betrieb die Rechte genommen und die Löhne gedrückt haben. Außerdem zwangen die Faschisten KZ-Häftlinge, sich für die deutschen Großkonzerne buchstäblich zu Tode zu schuften!

Richtig zur Sache geht es dann aber erst in beigelegten Druckschriften des "SdV", die in größeren Mengen ("zum Weitergeben") bestellt werden können (selbstverständlich kostenlos). Das erste Flugblatt befaßt sich mit dem Thema "Asyl".

Wie es nicht anders zu erwarten ist, werden hier auf unerträglichste Art und Weise Zahlen verdreht und vermeintliche "Fakten" präsentiert, bis alles ins RECHTE Bild passt.

Im ersten Halbjahr 1987 wurden nur 7% aller Asylsuchenden von deutschen Gerichten als politisch Verfolgte anerkannt. Haarscharf folgert der "SdV": 93% aller Asylsuchenden dürfen "als Scheinasylanten, Asylschwindler oder Asylbetrüger" bezeichnet werden. BRD-Rechtsprechung als der Weisheit letzter Schluß.

Doch was ist von einer Rechtsprechung zu halten, die Urteile fällt wie: "Artikel 16, Absatz 2, Satz 2 (Politisch Verfolgte genießen Asylrecht) schützt indessen nicht vor staatlichen Exzessen jeder Art und auch nicht schlechthin vor jeder Mißachtung der Menschenwürde" (BVG-Urteil vom 17.5.83); oder die feststelltt, "die Folterung Inhaftierter stellt eine in der Türkei seit eh und je auch unter dem demokratischen Regime geübte Praxis dar, die praktisch allgemein ist, also auch "gewöhnliche" Kriminelle trifft." (VG Karlsruhe, Urteil vom 2.3.82)

"Asylrecht kontra Souveränität" wird der nächste Absatz überschrieben. Darin heißt es, der Artikel 16 GG stelle die Souveränität der BRD in Frage. Die BRD sei ein "offenes Land, in das tarsächlich oder angeblich politisch Verfolgte nach eigenem Gutdünken einwandern können"... - und zu 93% wieder abgeschoben werden!

Doch das ist ja nicht weiter tragisch, "da die aus wirtschaftlichen Gründen zu uns kommenden Asylanten in ihren Herkunftsländern zu den besseren Bildungs- und Einkommensschichten gehörten. Ansonsten wären sie ja gar nicht in der Lage gewesen, sich eine Flugkarte nach Westdeutschland zu kaufen".



Doch weiter im Flugblatt:

Die Steuererhöhungen und Kürzungen sozialer Leistungen seien, laut "SdV", darauf zurückzuführen, daß die Aufzubringenden Kosten für die Asylanten gestiegen sind. Kosten, die angesichts von Milliarden für Rüstung und menschenfeindliche Großprojekte (WAA, Startbahn West, Jäger 90 etc.) lächerlich gering ausfallen.

Die Schuld an den sozialen Mißständen haben immer noch die, die sie verursachen!, also die Konzernherren und Managerschmarotzer, und all die anderen, die im Kapitalismus das Sagen haben. Ihr Ziel ist lediglich die Vergrößerung ihrer Profite.

Der "Schutzbund" indes propagiert in seinem Flugblatt lieber eine steigende Ausländerkriminalität.

Der Anteil der ausländischen Bevölkerung in de BRD liegt bei 7,4%. Die Zahl der von der Polizei ermittelten ausländischen Tatverdächtigen liegt jedoch bei 20%. Hier wird das Jonglieren mit Zahlen besonders deutlich. Die Faschisten wollen uns weismachen, Ausländer seien besonders kriminell, in jedem Fall aber krimineller als Deutscbe.



Hierzu ist festzustellen, daß in diesen 20% alle Delikte von ausländischen Touristen und Angehörigen der Stationierungsstreitkräfte enthalten sind, von Personen also, die normalerweise nicht zur ausländischen Bevölkerung gerechnet werden. Mitgezählt werden auch alle Verstöße gegen das Ausländergesetz, "Straftaten" also, die Deutsche gar nicht begehen können. Ausdrücklich erwähnt wird auch, daß sich die Statistik eindeutig auf Tatverdächtige bezieht; und verdächtigt werden AusländerInnen hier allemal schneller als Deutsche.

Alle SchulsprecherInnen, die diese "Post" erhalten haben, sollten nun spätestens wissen, was damit zu machen ist...

NAZIPOST ZURÜCK AN SCHWEINEABSENDER!!!!



IMPRESSUM

Das ANTIFA-JUGENDINFO wird von der Antifa-Jugendfront Hamburg herausgegeben und von engagierten AntifaschistInnen verteilt. Der Abdruck in SChülerzeitungen u.ä. ist frei (gegen Zusendung eines Belegexemplares).

V.i.S.d.P. ist Sven Hansen. Das Info erscheint in Eigendruck im Selbstverlag.